

borderline-europe, Sizilien

SCIROCCO

Kurzinfo aus Italien



Scirocco [ʃiˈrɔkko-Schirokko] ist ein südöstlicher, heißer starker Wind, der für oftmals nur wenige Stunden Staub und Sand über das Mittelmeer nach Sizilien und Italiens Norden trägt. Diese Kurzinfo erscheint seit März 2021 in einem ca. zweiwöchentlichen Rhythmus.

Politische und soziale Situation

Neues Sicherheitspaket: CPRs und Hotspots werden Haftanstalten gleichgesetzt

Die Verabschiedung eines [neuen Sicherheitspakets](#) der Regierung Meloni steht bevor. Durch die neuen Bestimmungen werden CPRs (Centri di Permanenza per i Rimpatri, Abschiebehaftzentren) und Hotspots mit Gefängnissen gleichgesetzt. Zudem werden durch die Verschärfung und Ausweitung bestimmter Strafen mehr Menschen inhaftiert werden, obwohl die Gefängnisse durch die repressive Politik der italienischen Regierung bereits überfüllt sind. In dem neuen Sicherheitspaket sind u.a. die Bestrafung von Besetzungen von Gebäuden oder Straßenblockaden mit dem ‚eigenen Körper‘ mit Freiheitsstrafen sowie die Abschaffung des obligatorischen Aufschubs der Strafe bei der Inhaftierung von Müttern oder schwangeren Frauen vorgesehen. Betteln – d.h. Armut – und bereits sehr geringfügige Verletzungen von Polizeibeamt*innen werden zukünftig schwerer bestraft. Mit dem Art. 415 des Strafgesetzbuches werde schließlich „der passive Widerstand von Festgenommenen oder Fluchtversuche mit einer Freiheitsstrafe von bis zu acht Jahren bestraft. Dies [...] gilt auch für Revolten in den CPRs und Hotspots“.

Durch die Gleichsetzung von CPRs und Hotspots mit regulären Haftanstalten wird ein Bild von Geflüchteten als Straftäter*innen erzeugt. Repressionen werden der Anhörung des individuellen Schutzanspruchs vorangestellt, welches einmal die Grundlage des europäischen Asylsystems dargestellt hat und in den letzten Jahren schrittweise abgebaut wurde: „Angesichts von Ereignissen, die stets als ‚Notfälle‘ eingestuft werden, hat die derzeitige [italienische] Regierung eine sicherheitspolitische und repressive Antwort gegeben, indem sie Gesetzesdekrete oder Gesetzesvorlagen erlassen hat, mit denen versucht wird, die wahrgenommene soziale Unsicherheit durch die Einführung zahlreicher neuer Straftatbestände und den verstärkten Einsatz von Untersuchungshaft zu lösen. Es handelt sich dabei

um Maßnahmen mit teils symbolischer, teils stark repressiver Wirkung, die vor allem die schwächsten Bevölkerungsgruppen [...] treffen, und die die Überbelegung der Gefängnisse und die Lebensbedingungen in den Haftanstalten, die bereits unter den angemessenen Standards liegen, weiter verschärfen“, kommentiert die [Vereinigung Antigone](#) die Situation in italienischen Gefängnissen.



Foto: [LasciateCIEntrare](#)

„Meilensteine“ der Repression

Als Meilensteine der repressiven Maßnahmen der Regierung Meloni nennt Antigone das sog. „Rave-Dekret“ (Gesetzesdekrets Nr. 162/2022 von Oktober 2022); das sog. „Cutro-Dekret“ (Gesetzesdekrets Nr. 20/2023 aus März 2023 und späteres Gesetz Nr. 50); das Gesetz über die Verfolgung des Verbrechens der Leihmutterchaft, das von einem italienischen Staatsbürger im Ausland begangen wurde (Juli 2023); das sog. „Justizdekret“ (Gesetzesdekret Nr. 105/2023 aus August 2023, später umgewandelt in Gesetz Nr. 137/2023); das sog. „Caivano-Dekret“ (Gesetzesdekrets Nr. 123/2023 aus September 2023, später umgewandelt in Gesetz Nr.159/2023); das Gesetz Nr. 138/2023 (September 2023) sowie das Gesetz Nr. 90/2024 (Juni 2024). Das neue Sicherheitspaket der Regierung Meloni steht in dieser Tradition. Es zielt laut der Vereinigung Antigone darauf ab, „alle Formen des Dissenses zu kriminalisieren“. [Hier](#) können die Inhalte der genannten Gesetzesdekrete im Detail nachgelesen werden.

Updates zur Situation in den CPRs und Hotspots

Auch die katastrophalen Zustände in den CPRs und Hotspots, über die wir hier regelmäßig berichten, werden durch die Bestimmen des neuen Sicherheitspakets perpetuiert – trotz regelmäßiger scharfer Kritik durch Nichtregierungsorganisationen und italienischer Politiker*innen (siehe [vorherige Ausgaben](#) dieses Newsletters). [Dieser Beitrag](#) beschreibt die Zustände in den Abschiebungshaftanstalten; so komme es z.B. in **Ponte Galeria, dem CPR von Rom**, alle zwei Tage zu Selbstmordversuchen. Unerträgliche Hitze, kaputte Duschen, die mit den neuen Gesetzen verlängerte Haftzeit auf 18 Monate, keinerlei psychologische Betreuung und vieles mehr machen die CPRs zur Hölle für die dort Inhaftierten. Auch zivilgesellschaftliche Organisationen kritisieren die Zustände scharf.

In den CPRs herrschen noch immer unhaltbare hygienische und medizinische Zustände, die durch die Sommerhitze verstärkt werden. In Reaktion auf diese Bedingungen nehmen Revolten, Selbstmordversuche und Gewalt zu. Angesichts dieser Zustände verschlimmern die politische Forderungen nach „mehr Abschiebungen“ die Situation in den CPRs, aus denen rund 25% der inhaftierten Migrant*innen tatsächlich abgeschoben und 75% unter unwürdigen Bedingungen festgehalten werden – obwohl es Rücknahmeabkommen mit den entsprechenden Drittstaaten gibt, so der Garant für die Rechte von Inhaftierten von Lazio, [Stefano Anastasia](#) in einem Bericht zum Jahr 2023. Nach den von Anastasia verarbeiteten Daten sei die Anzahl der Inhaftierten im römischen CPR Ponte Galeria im vergangenen Jahr dennoch um 60% gestiegen. Mehr als die Hälfte aller Betroffenen kämen aus Maghreb-Staaten (Algerien, Libyen, Mauretanien, Marokko und Tunesien) und auch die Anzahl nigerianischer und ägyptischer Staatsbürger*innen sei hoch. Immer wieder flammen Proteste auf, die dann gewaltvoll beendet werden.

CPR Palazzo San Gervasio

Im Abschiebehafenzentrum von [Palazzo San Gervasio](#) (Basilicata) legten Migrant*innen aus Protest gegen den Tod eines Jungs, der dort geschlagen und aufgrund mangelnder Versorgung gestorben ist, ein Feuer.

CPR Macomer (Sardinien)

Die Zustände im CPR [Macomer](#) in Sardinien seien so unerträglich, kritisierte die Garantin für die Rechte von Gefangenen, Irene Testa, dass Migrant*innen lieber in ihre Herkunftsländer zurückkehren würden, wo ihnen häufig Gewalt und Verfolgung drohen. 49 unschuldige Menschen seien dort 18 Monate lang in kochenden Zementblöcken eingesperrt, ohne Kühlschrank oder Ventilatoren. Bei unerträglicher Hitze würden sie gezwungen, heißes Wasser zu trinken. Es gäbe weder Schwämme, um sich zu waschen noch Stühle zum Sitzen und die Bettlaken seien aus plastikähnlichem Material. „Eine beschämende Situation, die eines zivilisierten Landes nicht würdig ist“, so Testa.



Foto: Hotspot Porto Empedocle, contrada Caos

Hotspot Porto Empedocle

Die [Vereinigung für juristische Studien zur Einwanderung \(ASGI\)](#) erfragte jüngst offizielle Informationen zur Verwaltung des neuen Hotspots in Porto Empedocle, welches für die Identifizierung von Migrant*innen bei der Ersteinreise in Italien vorgesehen ist. Erst im Januar 2024 wurde eine Vereinbarung zwischen der Präfektur von Agrigent und dem Italienischen Roten Kreuz (CRI) über die Verwaltung des Hotspots unterzeichnet, welche die Bereitstellung von Aufnahme-, Hilfs- und Integrationsdiensten für Migrant*innen im Hotspot vorsieht. Die Anfrage von ASGI bezog sich insbesondere auf den Umgang mit minderjährigen Geflüchteten. Das Immigrationsbüro in Agrigento antwortete, dass die Verfahren zur Identifikation und legalen Bestimmung der Migrant*innen durch das Immigrationsbüro und der Kriminalpolizei

durchgeführt werden würden. Betroffene dürften sich während der Identifikation nicht frei vom Hotspot entfernen, sind dort also quasi inhaftiert.

Nun sind neben dem letztes Jahr im Stadtteil Caos gebauten Hotspots weitere Container aufgestellt worden, die für eine **Testphase der beschleunigten Grenzverfahren** (im Sinne des europäischen Migrationspaktes, GEAS) dienen sollen. Ähnlich wie in dem in Pozzallo/Modica errichteten Zentrum für beschleunigte Grenzverfahren sollen hier nach einer Testphase bis zu 60 Menschen gefangen gehalten werden können. Die Haft muss durch die zuständigen Richter*innen in Palermo bestätigt werden. Das Zentrum in Pozzallo/Modica musste vorerst schließen, da diverse Richter*innen es als nicht rechtmäßig ansahen, das Verfahren liegt noch vor dem EuGH. Fraglich ist also, wie das Zentrum in Porto Empedocle funktionieren kann. Weitere Informationen zu Pozzallo/Modica hierzu finden sich auch [in unserer Zusammenfassung](#) der aktuellen Situation von Geflüchteten.



"Empfangszell" am Hafen von Porto Empedocle

Ermittlungen wegen ‚Totschlags‘ gegen einen Arzt im Hotspot von Lampedusa haben begonnen

Am 28. Februar 2023 starb die 26-jährige [Fatoumata Bamba](#) aus der Elfenbeinküste in Lampedusa an einer Lungenembolie – nur wenige Stunden nachdem sie gemeinsam mit ihrem Ehemann und den zwei Kindern mit einem Boot auf der Insel angekommen war. Ihr Tod hätte und sollte von dem Arzt der Ambulanz von Lampedusa verhindert werden müssen. Weil dieser fahrlässig gehandelt hat, ermittelt nun die Staatsanwaltschaft wegen

Totschlags unter dem stellvertretenden Staatsanwalt Gaspare Bentivegna. Die erste Vorverhandlung findet am 18. September vor der Vorsitzenden des Gerichts von Agrigento, Micaela Raimondo, statt. „Fünf Stunden lang“, so heißt es in dem Gutachten des Rechtsmediziners Alberto Alongi, des Facharztes für pathologische Anatomie Emiliano Maresti und des Facharztes für Kardiologie Pietro Di Pasquale, „beschränkte sich der [behandelnde] Arzt trotz einer [...] sich anbahnenden Lungenembolie darauf, die Patientin [Fatoumata Bamba] zu beobachten, ohne irgendeine Art von Untersuchung vorzunehmen, nicht einmal die wesentlichsten Messungen der Vitalparameter oder eine objektive Untersuchung“. Die medizinischen Gutachter gehen davon aus, dass ein anderes Verhalten des Arztes den Tod mit hoher Wahrscheinlichkeit verhindert hätte.

Transmediterranes Forum: Beziehungen zwischen Italien und Libyen

Ende Juli traf sich das [Transmediterrane Forum für Migration](#) in der libyschen Hauptstadt Tripolis. Diese Veranstaltung wurde von den italienischen Behörden als Erfolg dargestellt, doch von Fortschritten kann kaum die Rede sein. Viele verwiesen auf die Abwesenheit prominenter Persönlichkeiten wie des Generals Khalifa Haftar, der einen Teil Libyens kontrolliert, zahlreicher Regierungschefs europäischer Staaten, Leiter*innen europäischer Institutionen sowie Nichtregierungsorganisationen (NGOs) auf dem Mittelmeer. Der italienische Innenminister Matteo Piantedosi bekräftigte die Notwendigkeit „von der taktischen Zusammenarbeit zwischen einzelnen Ländern zu einem strategischen regionalen Ansatz überzugehen“, und stellte dies als eine Herausforderung dar, die Italien nicht allein bewältigen könne. Auch die italienische Premierminister Giorgia Meloni bekräftigte, dass „das Mittelmeer eine Priorität ist. Es gibt kein Mittelmeer ohne Italien und Libyen zusammen“. Daher müssten die Staaten z.B. bei der Bekämpfung von Menschenhändler*innen und der Verstärkung legaler ‚Migrationsströme‘ zusammenarbeiten, so Meloni. Sie machte auch deutlich, dass Italien im Bereich des Energiesektors die Zusammenarbeit mit Libyen stärken möchte: Das italienische Unternehmen Eni verwaltet in einem Joint Venture

mit der libyschen Nationalen Ölgesellschaft das Unternehmen Mellitah Oil&Gas, das hauptsächlich Italien mit Gas beliefert. Sea-Watch e.V. kritisierte die Migrationspolitik der italienischen Regierung als „dystopisch“ und äußerte ihre Enttäuschung über die Zusammenarbeit zwischen italienischen Politiker*innen und dem Premierminister von Westlibyen, Abdul Hamid Mohammed Dbeibah. Zwischen den Vertreter*innen aus dem Tschad und Tunesien kam es wegen der schweren Menschenrechtsverletzungen gegenüber rassifizierten Migrant*innen aus Ländern südlich der Sahara, die sich in Tunesien aufhalten, immer wieder fast zu körperlichen Auseinandersetzungen. In Tunesien haben die Angriffe auf Migrant*innen aus Subsahara-Afrika zugenommen, nachdem der tunesische Präsident Kais Saied von einer „ethnischen Verdrängung“ der Tunesier*innen durch Menschen aus Subsahara-Afrika sprach. Das Treffen fand unter Ausschluss der Presse statt. In [diesem](#) lesenswerten Beitrag werden die geopolitische Auseinandersetzung auf dem libyschen Treffen einordnet.



Einfahrt nach Gjadër, Foto: [Meltingpot](#)

Update: Bilaterales Abkommen zur Migrationsabwehr zwischen Italien und Albanien

Die Eröffnung der von Italien verwalteten [Hotspot und \(Haft-\)Zentren in Albanien](#) wurde erneut verschoben. Aus rechtlichen wie logistischen Gründen sei die Inbetriebnahme derzeit nicht möglich, heißt es. Die außerterritorialen Zentren sollen als Teil eines bilateralen Abkommens zwischen Italien und Albanien die Bewegungen der Migration

nach Italien unterbinden und Asylverfahren sollen in Grenzstaaten außerhalb der Europäischen Union durchgeführt werden. Dort sollen Menschen untergebracht werden, die von italienischen Behördenschiffen auf See gerettet oder abgefangen wurden. Rechtlich ist dieses Vorgehen umstritten, wie beispielsweise der Europarat und der Hohe Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte dargelegt haben (siehe die [vorherigen Ausgaben](#) dieses Newsletters).

Auch die Leiterin des Büros für europäische Institutionen von Amnesty International, [Eve Geddie](#), betonte die Gefährlichkeit und Unrechtmäßigkeit dieser Zentren: „Menschen, die in Seenot geraten sind, werden mit den neuen Regeln langen und unnötigen Reisen ausgesetzt, was einen eklatanten Verstoß gegen die völkerrechtlichen Verpflichtung Italiens darstellt, die rasche Ausschiffung der Überlebenden an einem sicheren Ort zu gewährleisten.“ Und weiter heißt es, dass „[ankommende] Menschen automatisch und willkürlich in Albanien inhaftiert werden, was zu einer längeren Haft führen kann. Gemäß dem Abkommen zwischen Italien und Albanien verbleiben die Migrant*innen unter italienischer Gerichtsbarkeit, doch es besteht die Gefahr, dass ihr Recht, politisches Asyl zu beantragen, stark eingeschränkt wird.“ Für Amnesty International stellen diese Zentren den jüngsten Versuch eines EU-Landes dar, seine Verpflichtungen nach EU- und internationalem Recht zu umgehen, indem es die Praxis des ‚Outsourcing‘, der Auslagerung der Bearbeitung von Schutzanträgen von Menschen außerhalb seines Hoheitsgebiets, bevorzugt. Somit soll all dies möglichst unbeobachtet stattfinden, auch wenn sich der [UNHCR nun als Monitoringinstitution](#) hat einbinden lassen in das mehr als unmenschliche Geschäft der italienischen Regierung.

Demokratiefeindlichkeit: Gefährdung der Pressefreiheit, Populismus und die Abschaffung des Strafbestands des Amtsmissbrauchs

Der Journalist und Schriftsteller [Roberto Saviano](#) äußerte sich zur Haltung der italienischen Premierministerin Giorgia Meloni gegenüber Journalist*innen. „Unsere Demokratie ist unter Beschuss, aber nicht erst seit heute. Heute zahlen wir für die Feigheit der Mitte-Links-Politik in

entscheidenden Fragen bzgl. Arbeit, Gefängnis und Einwanderung. Wenn die Berichterstattung über kriminelle Dynamiken bedeutet, Italien zu kritisieren, dann muss ich davon ausgehen, dass für bestimmte Politiker*innen unser Land und die Mafia [...] dasselbe sind“. Laut Saviano gehe Meloni nicht grundsätzlich gegen Journalist*innen vor, sondern wende sich speziell gegen jene, die unabhängig berichten und sich nichts von der Regierung diktieren lassen. Er kritisiert, dass Meloni versuche, die Pressefreiheit zu untergraben und lediglich eine linientreue Berichterstattung akzeptiere. Daran schließt sich auch eine Analyse zu den Online-Beiträgen von Matteo Salvini (Lega) und Matteo Piantedosi (unabhängig, jedoch Salvini nahestehend) an. [Valigia Blu](#) untersuchte, wie die beiden rechten Politiker auf unterschiedliche Weise populistische Aussagen verbreiten, um Hass gegen Geflüchtete und Aktivist*innen auf sozialen Medien zu verbreiten.

In demokratischen Staaten ist der **Strafbestands des Amtsmissbrauchs** ein zentraler Kontrollmechanismus gegen Willkür und die Ausnutzung von Machtbefugnissen durch Mandatsträger*innen. Dieser wurde in Italien nun abgeschafft – ein Vorgehen, das Erinnerungen an die Zeit des Faschismus hervorrufft und die Demokratiefeindlichkeit der amtierenden Regierung verdeutlicht. Unmittelbar nach dem Sturz des Faschismus wurde dieser als eine der ersten, als dringend notwendig erachteten Reformen wieder in die Verfassung aufgenommen. „Die Gründe waren damals eindeutig“, erzählte der Staatsanwalt von Perugia, [Raffaele Cantone](#) im September 2023, als er vor den Justizausschuss geladen wurde, um zu dem, von Justizminister Carlo Nordio gewünschten, Gesetzentwurf Stellung zu nehmen. „In einer Demokratie ist es nicht hinnehmbar, dass ein*e Mandatsträger*in ihre*seine Befugnisse überschreiten kann, ebenso wie es nicht hinnehmbar ist, dass schwere Straftaten wie Widerstand und Gewalt gegen eine*n Mandatsträger*in ungestraft bleiben“. Mit der Entscheidung, den Amtsmissbrauch nun verfassungsrechtlich abzuschaffen, „hat Italien beschlossen, die einzige rechtlich fortschrittliche Demokratie zu sein, die keinen spezifischen Straftatbestand kennt, der eine*n Amtsträger*in

bestraft, die*der sich oder anderen vorsätzlich einen Vorteil beschafft“, kommentierte Giuliano Foschini von La Repubblica.

Situation der Geflüchteten

Geflüchtete in Tunesien

Das [tunesische Forum für wirtschaftliche und soziale Rechte \(Ftdes\)](#) hat in einer Umfrage mit 379 Geflüchteten aus 23 verschiedenen afrikanischen Ländern und mit unterschiedlichen Bildungsabschlüssen herausgefunden, dass fast 80% der befragten Migrant*innen von einem Leben in Italien träumen. Viele von ihnen hätten bereits mehrmals versucht, nach Italien zu gelangen und/oder wissen von Personen, die während der gefährlichen Überfahrt verstorben sind. Da es für die interviewten Personen jedoch keine Perspektive in Tunesien gibt, werden sie die beschwerliche Reise (wieder) versuchen, so die Nichtregierungsorganisation. Mehr als die Hälfte der Befragten lebt in prekären und unwürdigen Verhältnissen wie auf Straßen, Parks oder in Zelten im Freien. Nach ihrer Ankunft in Tunesien gaben 77% der Schutzsuchenden an, Opfer einer oder mehrerer Formen von Gewalt geworden zu sein.



Zelte von Geflüchteten in der tunesischen Wüste

Im Untersuchungszeitraum von März bis Mai 2024 wurden fünf Schlüsselfragen analysiert: Anreisewege und -bedingungen, Bedingungen für den Aufenthalt in Tunesien, Zugang zu Grundrechten, soziale Beziehungen sowie Interaktionen mit Institutionen, öffentlichen Einrichtungen und Akteur*innen der Zivilgesellschaft. Der Umfrage zufolge sind repressive Regime und der Klimawandel vorrangige Gründe für die Entscheidung, das Land zu verlassen.

Neuer Bericht zur Dunkelziffer von tödlichen Schiffsbrüchen auf dem Mittelmeer

In dem neuen Bericht „Geisterschiffbrüche auf den Schultern von Familienangehörigen“ befasst sich Memoria Mediterranea mit den sog. „Geisterschiffsbrüchen“ im Mittelmeer. Memoria Mediterranea ist ein Unterstützungsnetzwerk für Angehörige von Personen, die auf der Flucht nach Europa ertrunken sind. „Es gibt einen Teil der Migration über das Mittelmeer, der nicht sichtbar ist“, so das Netzwerk, „die sog. ‚Geisterschiffbrüche‘, über die nichts bekannt ist und fast keine offiziellen Daten erfasst werden“. Damit sind Schiffbrüche gemeint, die weder registriert noch untersucht werden, wodurch viele Todesfälle auf See unbemerkt bleiben. Der neue Bericht, der die Jahre 2022 bis 2023 umfasst, kritisiert die fehlende Dokumentation und das mangelnde Interesse der Behörden an diesen Tragödien. Er fordert mehr Aufmerksamkeit und Maßnahmen, um diese unsichtbaren Katastrophen zu verhindern und die Opfer zu würdigen. Auf Hilfeersuchen, Meldungen über das Verschwinden von Personen und Beschwerden von Familien folgen oft keine konkreten Suchaktionen, sodass Memoria Mediterranea von „schwerwiegenden Versäumnissen auf nationaler und internationaler Ebene in Bezug auf das Recht auf Wahrheit und die Suche nach vermissten Personen“ spricht. Gemeinsam mit den Familien von Vermissten rekonstruiert das Netzwerk dutzende Geschichten von Geflüchteten, die sonst unerwähnt blieben. „Tatsächlich wurden die meisten Leichen von Migrant*innen, die in den letzten Jahren gestorben sind, nie geborgen oder identifiziert“, prangert Memoria Mediterranea an. Die Leichen würden, wenn sie aus dem Meer gezogen werden, oft in anonymen Gräbern verscharrt. Eine Praxis, die gegen internationale Grundsätze verstoße, da die Behörden dazu verpflichtet seien, die Todesursachen von Verstorbenen zu klären sowie Berichte mit rekonstruierenden Informationen zu erstellen. Auch das humanitäre Völkerrecht sieht eine würdevolle Behandlung der Leichen, die Suche und Bergung der Opfer, die Rückgabe der sterblichen Überreste an die Familien und die Bestattung der Leichen vor. Die Familien der Vermissten seien die ersten Opfer, die unter der Gewalt der Migrationspolitik zu leiden haben: Sie

müssten nicht nur den Verlust ihrer Angehörigen hinnehmen, sondern ihnen würde auch das Recht verweigert, zu erfahren, was mit ihren Söhnen, Töchtern, Brüdern, Schwestern und Enkeln geschehen ist. Darüber hinaus seien sie in der Debatte über den Umgang mit dem Verschwinden und dem Tod von Angehörigen weder vertreten noch würden sie angehört, heißt es in dem Bericht. Ihnen wird durch diesen Umgang das Recht auf psychosoziales Leiden verweigert: „Ein Todesfall“, betont das Netzwerk, „kann durch Trauer leichter bewältigt werden, aber bei vermissten Personen gibt es eine Zweideutigkeit der Trauer, die es nicht erlaubt, den Verlust zu überwinden“.

Weitere Informationen zur Situation in Italien finden Sie unter „Projekte“ auf unserer [Homepage](#), in den vorherigen Ausgaben des [Scirocco](#) sowie in unserem [Streiflicht „Kosmos Palermo“](#).

Kontakt

[borderline-europe](#)
Menschenrechte ohne Grenzen e.V.
<https://www.borderline-europe.de/italia@borderline-europe.de>

Der Scirocco erscheint im Jahr 2024 mit freundlicher Unterstützung der Evangelischen Kirche im Rheinland (EKIR).

Titelfoto: Wolfgang Hasselmann, unsplash